

Fragen, die zur Lösung drängen

Der Streit um die Agrarzölle

In der inneren und äusseren Politik gibt es keine Hitzeferien. Regierung und Parlamente stehen in Deutschland gerade jetzt vor wichtigen Entscheidungen. Fragen, die allzu lange vertagt worden sind, vor allem die der Wirtschaft- und Handelspolitik, gestalten sich immer drängender. Die Reichsregierung hat die sogenannte kleine Zollvorlage eingebracht, die ein stattliches Buch von 176 Seiten darstellt und Bestimmungen von einschneidender Bedeutung enthält. Den umstrittensten Teil bilden die Agrarzölle, deren Wiedereinführung mit den alten Argumenten begründet wird, mit denen seit den 70er Jahren immer wieder gearbeitet wird, obwohl die Gesamterhältnisse sich grundlegend geändert haben, so dass nunmehr Zehntel aller volkswirtschaftlichen Hochschullehrer, darunter prinzipielle Anhänger des Schutzzolls, eine Erklärung veröffentlicht haben, in der sie betonen, dass Deutschland gezwungen sei, namentlich auch zwecks Rationalisierung seiner Landwirtschaft und Industrie sich die Vorteile des weltwirtschaftlichen Güterausgleichs zu eigen zu machen. Industrie- und Agrarzölle seien nur insoweit zu billigen, als sie ein „unerbittliches und erfolgversprechendes Mittel für eine freierere Gestaltung des internationalen Verkehrs“ bedeuten. Eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch wirtschaftspolitische Massnahmen wäre in Deutschland der Gegenwart besonders be-

Wähler, die zu der Ueberzeugung kamen, dass Deutschnationale und Deutsche Volkspartei so ziemlich dasselbe seien, sahen keinen Grund, sich den stärkeren Worten der Deutschnationalen zu versagen. Die Erkenntnis, dass nicht die eigene Idee, sondern das überzeitliche Eintreten für die eigenen Ideen hat sich auch bei der Deutschen Volkspartei durchgesetzt und man hat auf der letzten Zentralvorstandssitzung in allen Tonarten den Willen zum Ausdruck gebracht, zu den liberalen Ideen zurückzukehren und einen Trennungsstrich gegenüber den konservativen Mächten zu ziehen.

Hemmungen von rechts

In der Demokratischen Partei verfolgt man diese Entwicklung im Nachbarlager mit um so grösserem Interesse, als auch hier die Erkenntnis stark ist, dass die Bereitschaft zum taktischen Zusammenwirken im Rahmen des „Volksblockes“ nicht dazu führen darf, den Grundcharakter der Partei irgendwie zu verwischen. Mit einer Deutschen Volkspartei, die ehrlich liberal handelt, könnte die Demokratische Partei aufs engste zusammenwirken und dadurch den ausgleichenden Tendenzen stärkeren Nachdruck verschaffen, als das bisher bei der Zersplitterung der Mittelgruppen möglich war.

Leider werden der Konsolidierung immer wieder Hemmnisse bereitet durch die Aufwerfung von Streitfragen, die die Geister

scheiden müssen. Während der Reichspräsident v. Hindenburg in Taten und Worten sich bereit zeigte, der Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte zu dienen, hat der Reichsinnenminister Schiele, offenbar auf Wunsch der Deutschnationalen Partei, deren Führer er ist, weitgehende Änderungen der Verfassung und insbesondere eine Entscheidung der „Flagenfrage“, als notwendig bezeichnet. Wenn schon an eine Änderung der Verfassung herangegangen werden soll, dann im Sinne einer Vervollendung des nationalen Staates. „Man hat“, so betont Reichsminister a. D. Preuss in der „Vossischen Zeitung“, „in Weimar geglaubt, auf eine Durchführung der leitenden Grundgedanken bis zu den letzten Konsequenzen verzichten zu sollen und sich gegenüber gewissen Empfindungen oder Empfindlichkeiten mit Kompromissen begnügt, im Vertrauen auf eine gesunde Fortentwicklung bei einer glücklicheren inneren und äusseren Lage des Vaterlandes. Das war eine richtige Politik, und sie wäre auch heute richtig unter der Voraussetzung, dass man sich auch von der Gegenseite ehrlich und rückhaltlos mit den geschlossenen Kompromissen abfindet. Geschieht das nicht, so wird damit der Kampf auf der ganzen Linie wieder eröffnet, bei dem sich die Verfechter der nationaldemokratischen Staatsgestaltung nicht in die Defensive drängen lassen, sondern zur Offensive übergehen müssen. Das Material dafür liegt bereit. Die Verantwortung für die Eröffnung eines solchen inneren Kampfes in Deutschlands gegenwärtiger Lage tragen die, die es für ihre Zwecke dienlich halten, gerade jetzt den Waffensstillstand von Weimar zu kündigen.“

Grosse Worte

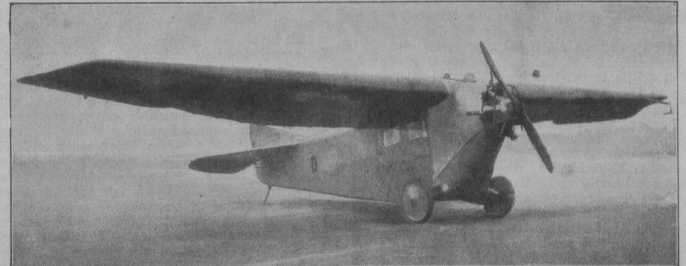
Vielleicht hat die Voranstellung dieser Fragen den Zweck, die Aufmerksamkeit von den Konflikten über die ausserpolitischen Fragen abzulenken, die im Lager der Rechten immer schärfer hervortreten. Kennzeichnend dafür ist eine Entscheidung des weiteren Vorstandes der Deutschkonservativen Partei, in der der deutsche nationale Führer, Graf Westarp, eine führende Rolle spielt. Darin wird mit aller Schärfe gegen den Sicherheitspakt Stellung genommen, und wörtlich erklärt:

„Die Deutschkonservative Partei — und mit ihr der weitaus überwiegende Teil der anderen nationalen Kreise im Lande — erwartet mit Selbstverständlichkeit von der Deutschnationalen Volkspartei, dass sie trotz ihrer sogenannten Teilnahme an der Reichsregierung für in unzähligen Versammlungen, Kundgebungen und Verlautbarungen gegebenes Wort unverbrüchlich hält und den Kampf gegen jede Preisgabe deutscher Brüder und deutschen Landes bis zum siegreichen Ende Schulter an Schulter mit den Konservativen führt.“

In Wirklichkeit wird wohl auch dieser Brei nicht so heiss gegessen, wie er angedrückt wird. Immerhin wird die Regierung gerade bei ihrer Mehrheit die ernstesten Schwierigkeiten haben, wenn es gilt, die Ansätze zu einer aktiven Ausserpolitik weiter auszubauen. Diese Widerstände sind um so bedauerlicher, weil ohnedies die deutsche Ausserpolitik mit ersten Gegenwirkungen zu rechnen hat, deren Ursachen überwiegend im Ententelager liegen. Dazu kommen dann noch die Wirkungen der Hindenburgwahl. Es kann als typisch gelten, wenn ein Prager Mitarbeiter der „Vossischen



Udet-Flamingo U 12



Das Focke-Wulf Kleinverkehrsflugzeug

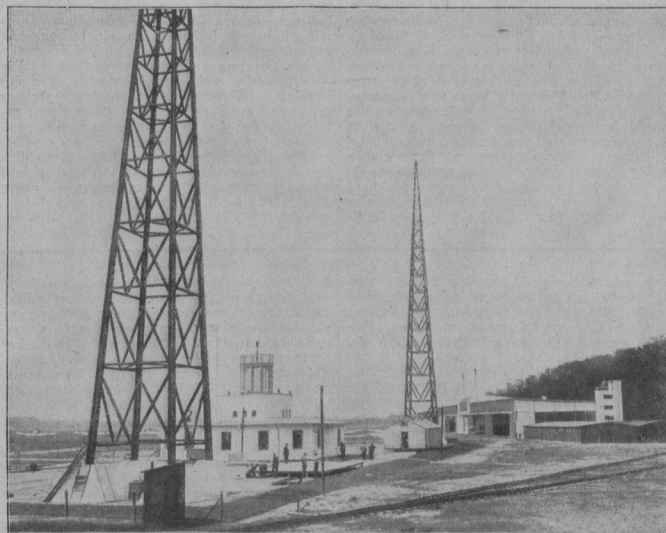
denklich. Der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft müsse mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken werden; durch blosses Fortsetzen des vorkriegszeitlichen Zollschutzes würde sie nicht entscheidend gebessert, eher verschlimmert werden.

Festigung des Parteiwesens?

Das sind Ausführungen, an denen niemand vorbeigehen kann, der wirtschaftliche Dinge wirtschaftlich und nicht politisch behandelt. Verstärkt werden diese Argumente durch Ausführungen des bekannten Agrarpolitikers Sering, der ausdrücklich erklärte, dass Lebensmittelzölle in unserem verarmten und über-völkerten Vaterland weder möglich, noch der Landwirtschaft dienlich seien. (S. den Artikel auf der 2. Seite.)

Neben den Wirtschaftsfragen — Aufwertungskompromiss und Steuerreform sind nicht minder umstritten — wird in politischen Kreisen viel über die Neugestaltung des Parteiwesens gesprochen. Es kann nicht strittig sein, dass die Parteigrenzen mehr oder weniger willkürlich gezogen sind und dass eine Bewegung im Gange ist, deren Ziel und Verlauf kaum abzusehen ist.

In der Deutschen Volkspartei empfindet man es als unwürdig und gefährlich, auf die Dauer der deutschnationalen Politik Gefolgschaft zu leisten. Die Hoffnung, durch die Verstrickung der Deutschnationalen in die Verantwortlichkeit, und durch den Nachweis, dass auch die Deutschnationalen keinesfalls mehr vermöchten als die Parteien der Mitte, hatte man Eroberungen auf Kosten der Deutschnationalen erhofft. Diese Rechnung war falsch. Schwankende



Der grösste Flug-Wettbewerb der Welt um den „B.Z.-Preis der Lütte 1925“

Unser Bild zeigt den grossen Zentral-Flughafen auf dem Tempelhofer Feld, von dem aus die Flieger vom ersten Pfingst-sonntag an jeden zweiten Tag zu Schleißen, die durch ganz Deutschland fahren, starten und zu dem sie dann zurückkehren

Zeitung“ auseinandersetzt, dass die Tschechen realpolitisch genug seien, sich mit der Wahl Hindenburgs innerlich abzufinden, dass aber gleichzeitig derselbe realpolitische Instinkt die tschechische Politik zu dem Versuch veranlasse, aus diesem Ereignis den grösstmöglichen Nutzen zu ziehen. Bei jeder Gelegenheit wird betont, dass das Bekenntnis, das die deutsche Nation bei der Wahl Hindenburgs abgelegt habe, „die Nachbarstaaten zur Vorsicht mahnen müsse.“

Gegen den Giftgaskrieg

Erfreulich ist, dass die deutsche Vertretung auf der vom Völkerbund veranlassenen Waffenhandelskonferenz sich nicht begnügt, die besonderen Schwierigkeiten Deutschlands darzulegen, sondern auch in entscheidenden Punkten die Initiative ergreift. Es machte den stärksten Eindruck, dass der deutsche Gesandte von Eckardt ohne jeden Vorbehalt die Bereitschaft Deutschlands erklärte, den chemischen Krieg auszuschalten. Darüber hinaus wurde von deutscher Seite erfolgreich die Anregung gegeben, eine eigene internationale Konferenz zusammenzuberaufen, um den Giftgaskrieg für die Zukunft unmöglich zu machen. Zu gleicher Zeit hat der schwedische Reichstag der Abrüstungsvorlage der Regierung endgültig zugestimmt. Damit hat Schweden als erste Nation den vom Völkerbund empfohlenen Schritt getan und die Armee und Flotte freiwillig auf den Umfang vermindert, der zur Verteidigung der Unabhängigkeit und zur Durchführung der internationalen Verpflichtungen des Landes erforderlich ist.

J. E.